

Altersarmut

Erwerbsminderungsrente

Psychische Belastungen

Rente

Regelaltersrente

Gute Arbeitsbedingungen

Rentenreport

Rentenniveau **DGB NRW**

Älter werdende Gesellschaft

Rentenalter

Armutsfeste Rente

Berufsspezifische Belastungen

Impressum

Herausgeber	DGB Bezirk NRW Friedrich-Ebert-Str. 34-38 40210 Düsseldorf www.nrw.dgb.de www.facebook.com/dgbrnw
Verantwortlich	Dr. Sabine Graf DGB NRW Stellvertretende Vorsitzende
Redaktion	Dr. Sabine Graf Gina di Maio
Dank	Wir danken der Deutschen Rentenversicherung Rheinland für die Bereitstellung des Datenmaterials für die Grafiken
Stand	August 2012

Liebe Leserin, lieber Leser!

Über die Rente wird viel geredet und geschrieben. Sie geht jeden etwas an und ist wichtig für die Lebensplanung. Ein Blick auf die aktuelle Datenlage in NRW zeigt: Die Zahlen in unserem Rentenreport sprechen eine deutliche Sprache. 2011 waren in NRW 18,3% der 17,9 Millionen Einwohner über 65 Jahre alt. In 40 Jahren wird dieser Anteil auf 31% steigen.

Heute gehen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit durchschnittlich knapp über 60 Jahren und 113 € Abschlägen in Rente. Das liegt deutlich unter dem gesetzlichen Renteneintrittsalter. Durch die nun einsetzende Erhöhung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre werden sich die Rentenabschläge deutlich erhöhen. Und darauf deutet schon heute vieles hin, denn eine erschreckend hohe Anzahl von Menschen schafft es nicht, bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter zu arbeiten. 40% der Bauberufe und 30% der Gesundheitsberufe erhalten eine Erwerbsminderungsrente und gehen deutlich vor dem 60. Geburtstag in Rente.

Wenn es nicht gelingt, berufsbedingte Belastungen drastisch zu reduzieren, dann wird sich das frühe Renteneintrittsalter der entsprechenden Berufsgruppen immer negativer auf das individuelle Rentenniveau auswirken. Sehr auffällig in diesem Zusammenhang ist auch das enorme Ansteigen von Erwerbsminderungsrenten aufgrund psychischer Belastungen, sie machen beinahe die Hälfte der frühen Erwerbsminderungsrenten aus.

Ein Blick auf die Rentenhöhe in NRW zeigt, dass die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge seit Jahren sinken und Frauen viel weniger Rente erhalten als Männer. Betrug die durchschnittliche Altersrente bei Männern 1996 noch 1.050€, waren es 2011 nur noch 975€. Besonders auffällig ist die Absenkung der Erwerbsminderungsrente im selben Zeitraum um fast 23%. Frauen sind schon jetzt von Altersarmut betroffen, sie erhalten eine durchschnittliche Altersrente, die weit unter dem Grundsicherungsniveau liegt. Neben den bereits benannten Fakten ist die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer äußerst gering. Diese Entwicklung macht einmal mehr deutlich, dass wir die finanzielle Situation der heutigen und zukünftigen Rentnerinnen und Rentner verbessern müssen, sonst droht uns eine soziale Katastrophe.

Forderungen der Gewerkschaften zur Verbesserung des Rentenniveaus

- Jeder dritte Beitragszahler in NRW kann derzeit keine angemessenen Rentenansprüche aufbauen. Geringverdiener und prekär beschäftigte Menschen sind dazu nicht in der Lage. Deswegen müssen diese Formen der Arbeit abgeschafft werden. Ein gesetzlicher Mindestlohn muss für ein ausreichendes Einkommen sorgen.
- Die Anzahl der psychischen Erkrankungen aufgrund arbeitsbedingter Belastung ist drastisch gestiegen. Die Arbeitsbedingungen müssen sich entschieden verbessern, damit Arbeit bis zum regulären Rentenalter überhaupt möglich ist.
- Das frühe Renteneintrittsalter vieler Menschen zeigt, dass Arbeit bis ins Alter für viele Berufsgruppen gar nicht möglich ist. Deshalb müssen altergerechte Arbeitsplätze geschaffen werden, damit die Beschäftigungsquote der über 50-Jährigen deutlich ansteigt.

- Die Finanzierung des Rentensystems muß nachhaltig gestärkt werden. Der Beitragssatz darf im Jahr 2013 nicht, wie zurzeit vorgesehen, gesenkt werden. Stattdessen schlagen wir vor, ab 2014 den Beitragssatz schrittweise um je 0,1 Beitragssatzpunkte für Arbeitnehmer und Arbeitgeber anzuheben, bis er im Jahr 2025 maximal 22 Prozent erreicht. Dem moderat steigenden Beitrag stehen dann deutliche Leistungsverbesserungen gegenüber. Außerdem können Rücklagen für die Zukunft aufgebaut werden. Mit unserem Rentenmodell überschreiten wir den vom Gesetzgeber gewollten Beitrag von 22 Prozent im Jahr 2030 nicht und können weitere Rentenkürzungen verhindern und die Erwerbsminderungsrente spürbar verbessern. Sogar die Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters könnte nach unserem Finanzierungskonzept ausgesetzt werden. Ein Durchschnittsverdiener muss für diese Verbesserungen jährlich lediglich 2,60 € mehr im Monat aufbringen. Angesichts einer immer älter werdenden Gesellschaft wäre es geradezu absurd, die Rücklagen der Rentenversicherung aufzulösen.

Mit dieser Materialiensammlung wollen wir für Gewerkschafterinnen, Gewerkschafter und Interessierte landesspezifische Informationen zusammenstellen, um die Diskussion anzustoßen und zu intensivieren. In den einzelnen Kapiteln befindet sich die Beschreibung des Problems, grafisch aufgearbeitet. In einem erklärenden Text werden die Fakten ergänzt und Lösungswege aufgezeigt. Das vorliegende Material flankiert das neue Konzept des DGB zur Sicherung der Rente.

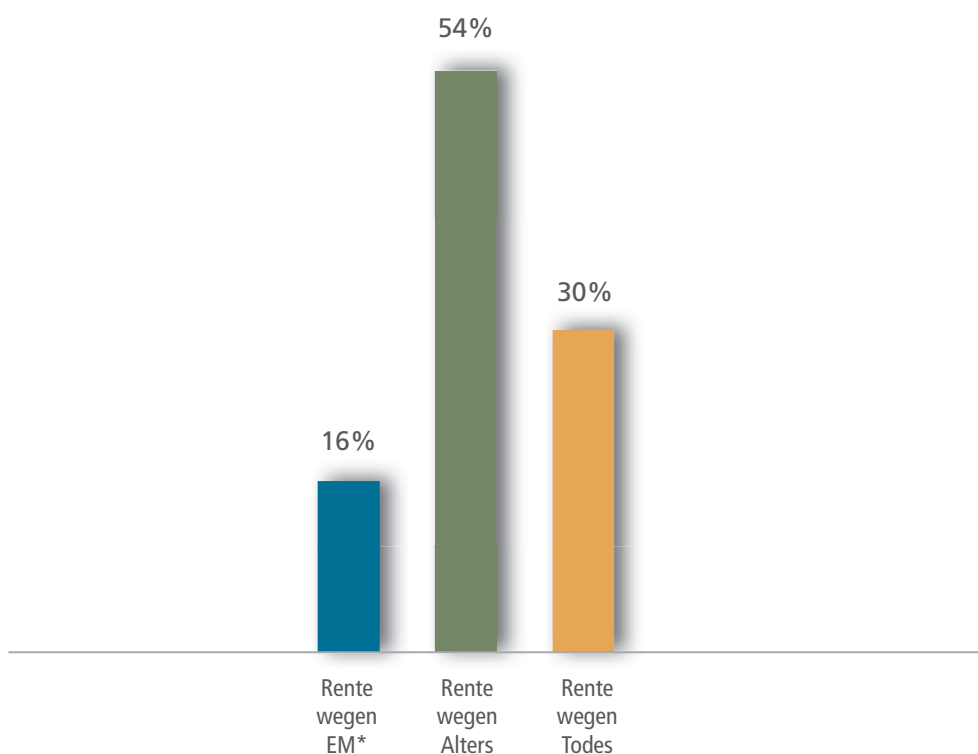
Düsseldorf im August 2012



Sabine Graf

Stellvertretende Vorsitzende DGB NRW

1. Welche Renten gibt es und wie sind sie verteilt?

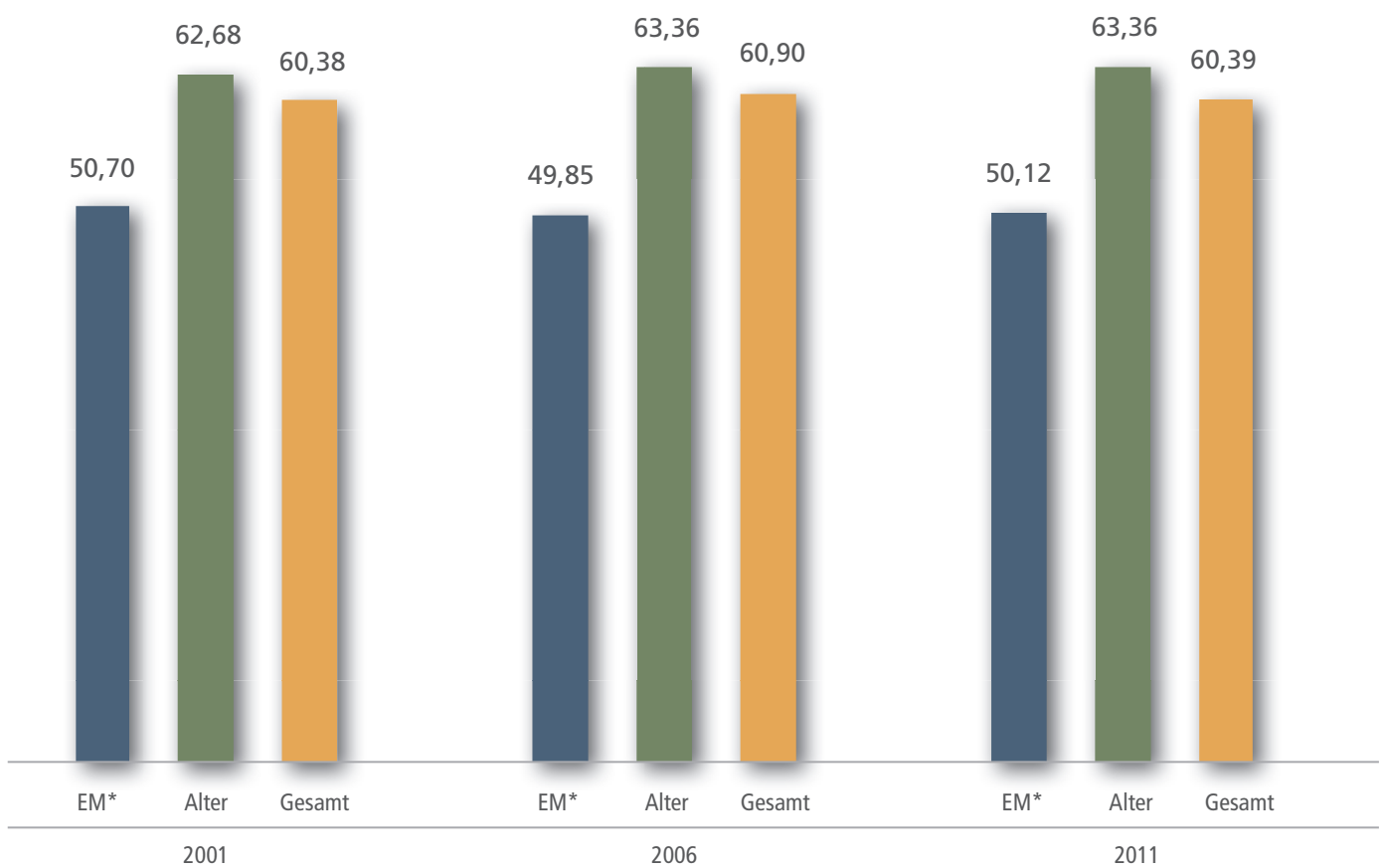


Die Grafik zeigt, dass über die Hälfte der Rentenzugänge 2011 Altersrenten sind. Ein Drittel sind Witwenrenten und 16% machen die Erwerbsminderungsrenten aus. Daraus wird deutlich, welche hohe Relevanz die Altersrenten haben. Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters und die Senkung des Rentenniveaus haben enorme Auswirkungen auf einen sehr großen Teil der Bevölkerung.

1,7 Millionen Männer erhielten 2011 eine durchschnittliche Rente von 1.104€
2,3 Millionen Frauen erhielten 2011 eine durchschnittliche Rente von 718€

* EM = Erwerbsminderungsrente

2. Wie alt sind die Menschen, wenn sie in Rente gehen?



Das Zugangsalter bei Altersrenten liegt bei durchschnittlich 63 Jahren

* EM = Erwerbsminderungsrente

Durchschnittliches Renteneintrittsalter deutlich vor gesetzlicher Grenze

Die meisten Arbeitnehmerinnen und -nehmer verlassen das Arbeitsleben deutlich vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter von 65 Jahren. Bereits heute liegt das durchschnittliche Renteneintrittsalter in NRW mit knapp über 60 Jahren deutlich unter der gesetzlichen Grenze von 65 Jahren. Damit sind Abschläge für die meisten Rentnerinnen und Rentner an der Tagesordnung. Rund die Hälfte der Rentner muss im Schnitt mit 113 € weniger im Monat leben. Die Erhöhung des gesetzlichen Eintrittsalters auf 67 Jahre wird den Anteil der Rentner mit Abschlägen erhöhen und auch die Abschläge der einzelnen Renten werden höher ausfallen.

Durchschnittliches Renteneintrittsalter in NRW knapp über 60 Jahre mit durchschnittlich 113€ weniger Rente

Erwerbsminderungsrente 15 Jahre vor Erreichen des gesetzlichen Rentenalters

Große Unterschiede gibt es zwischen den Erwerbsminderungsrenten und den Altersrenten. Wer 2011 in eine Erwerbsminderungsrente ging, tat dies durchschnittlich 15 Jahre vor Erreichen des gesetzlichen Rentenalters. Wenn das Rentenalter auf 67 Jahre steigt, dann erhöht sich diese Zahl auf 17 Jahre.

Erwerbsminderungsrenten werden durchschnittlich 15 Jahre vor Erreichen des gesetzlichen Rentenalters gezahlt

Altersrente ebenfalls vor der gesetzlichen Frist

Auch bei den Altersrenten verlassen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Arbeitsleben deutlich vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter. 2001 lag das durchschnittliche Zugangsalter für Altersrenten bei 62,9 Jahren. 2011 lag es bei 63,5 Jahren.

Nur 22% der Menschen gehen aus Altersgründen in Rente

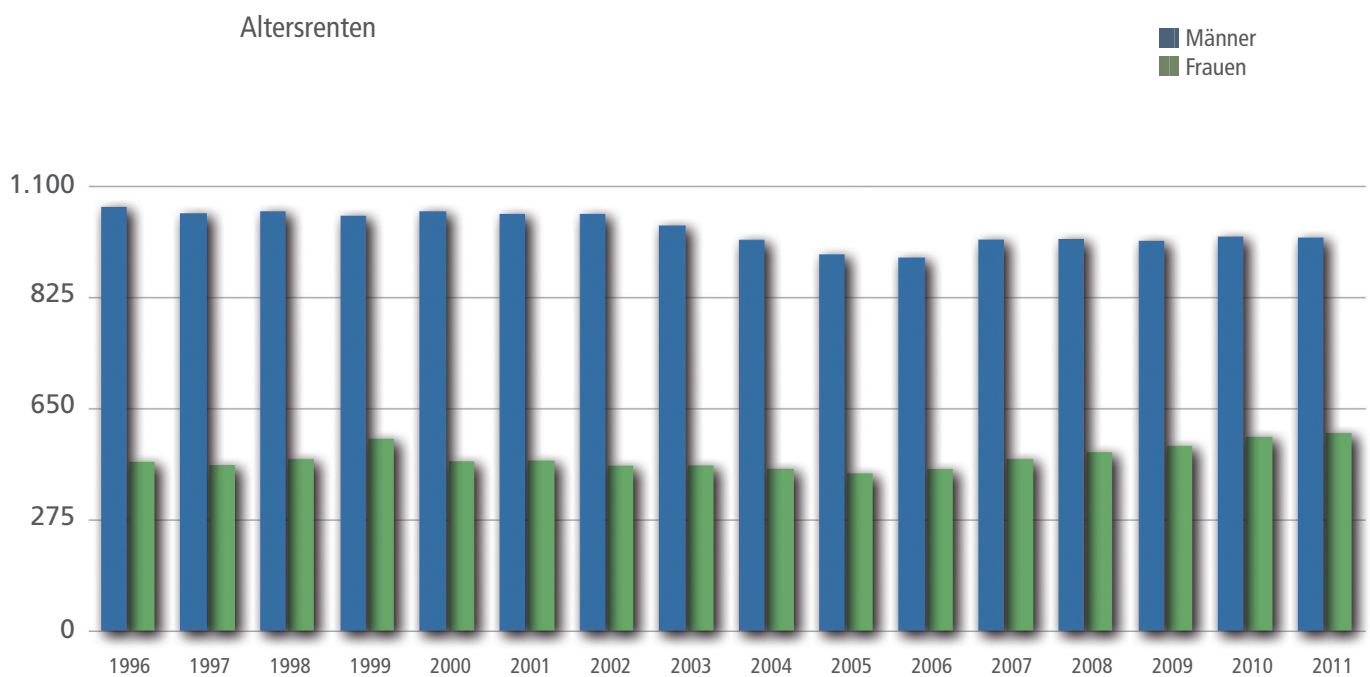
Viele Menschen gehen den Schritt in die Altersrente gegen ihren eigenen Willen. Laut dem DGB-Index Gute Arbeit 2008 mussten 16% der 60-65 jährigen ehemals Beschäftigten aufgrund einer Entlassung ihre Tätigkeit beenden. 22% mussten aus gesundheitlichen Gründen aus dem Berufsleben ausscheiden und 19% gingen in den vorzeitigen Ruhestand oder kamen aus der Arbeitslosigkeit. 11% schieden aus dem Berufsleben aus, um einen Angehörigen zu pflegen. Nur 22% gaben an, aus Altersgründen in Rente gegangen zu sein.

Beschäftigungsquote der über 60 Jährigen unterdurchschnittlich

Dies macht deutlich, dass es für ältere Beschäftigte schwer ist, auf dem Arbeitsmarkt zu verbleiben. Die Beschäftigungsquote der 60-64 Jährigen ist unterdurchschnittlich gering. 2010 betrug sie 24,7% im Gegensatz zu einer Quote von 57,3% bei den 50-54 Jährigen (DGB Bezirk NRW, Abteilung Arbeitsmarktpolitik).

Diese Zahlen zeigen die großen Herausforderungen, die zukünftig auf das Rentensystem und damit auf die arbeitenden Menschen zukommen werden. Prävention und Rehabilitation müssen deutlich erhöht werden, damit die Gesundheit das Arbeiten in späteren Jahren überhaupt zulässt. Bei der Beschäftigung Älterer sind die Unternehmen gefragt, diese Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

3. Wie hoch sind die Renten?



Zwei zentrale Probleme

Betrachtet man die Struktur der Renten in NRW, so fallen zwei zentrale Probleme direkt ins Auge. Zum einen sinken die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge seit Jahren und zum anderen erhalten Frauen deutlich weniger Rente als Männer.

Fallende Renten

Die durchschnittliche Altersrente bei Männern ist von 1.050 € im Jahr 1996 auf 975 € im Jahr 2011 gefallen. Noch deutlicher ist dieser Abwärtstrend bei den Erwerbsminderungsrenten zu erkennen. Betrug 1996 eine durchschnittliche Erwerbsminderungsrente bei Männern 828 €, so waren es 2011 nur noch 640 €. Dies ist eine Absenkung um fast 23 %!

Niedriges Rentenniveau bei den Frauen

Frauen sind deutlich schlechter gestellt als Männer. Sie erhielten 2011 im Schnitt eine Altersrente in Höhe von 491 €. Dies ist zwar etwas mehr als im Jahre 1996 (419 €), jedoch liegt diese Altersrente damit rund 185 € unter der durchschnittlichen Grundsicherung im Alter, die rund 676 € beträgt. Besonders Frauen sind deshalb bereits heute von Altersarmut betroffen.

Gründe für niedrige Renten

Einen gravierenden Einfluss auf diese problematische Rentenstruktur und die Entwicklung hat der strukturelle Wandel des Arbeitsmarktes. Das Normalarbeitsverhältnis wird durch atypische Beschäftigung immer weiter verdrängt. In NRW sind über 3,8 Millionen Arbeitnehmer atypisch beschäftigt. Der Niedriglohnsektor (22%), so wie Leiharbeit, weiten sich aus. Rund 1,8 Millionen Beschäftigte sind in Minijobs tätig und 1,1 Millionen haben eine Teilzeitbeschäftigung. 50% der Frauen sind atypisch beschäftigt. Sie machen zum Beispiel 70% im Niedriglohnsektor aus (DGB Bezirk NRW Abteilung Arbeitsmarktpolitik).

Die Ausweitung der atypischen Beschäftigung führt dazu, dass immer mehr Menschen entweder gar keine oder nur sehr geringe Rentenansprüche aufbauen können. Dies schlägt sich massiv in den späteren Renten nieder.

Darüber hinaus ist nicht nur die Art der Beschäftigung der Frauen anders, sondern sie werden auch bei gleicher Arbeit oft schlechter bezahlt. Laut Europäischer Kommission ist im europäischen Vergleich besonders in Deutschland der Unterschied mit rund 23% enorm hoch.

Diese Bedingungen reduzieren die Einkommen und dadurch die Rentenansprüche erheblich. Hinzu kommt, dass ein Haushalt mit geringem Einkommen keine Mittel zur Verfügung hat, um eine private Altersvorsorge aufzubauen, so wie es von der Bundesregierung im Konzept der Zuschussrente erwartet wird. Im untersten Einkommensbereich kann sich nur jeder Vierte durch einen Riester-Vertrag privat zusätzlich absichern (DGB Bundesvorstand Juni 2012).

Altersrente Männer 1050€im Jahr 1996
Altersrente Männer 975€im Jahr 2011

Altersrente Frauen 419€im Jahr 1996
Altersrente Frauen 491€im Jahr 2011
Grundsicherung im Alter 676€

Rentenniveauabsenkung ist keine Lösung

In den kommenden Jahren will die Bundesregierung das Rentenniveau von 51 % auf 44% senken. Dies bedeutet, dass ein Arbeitnehmer mit einem Einkommen von 1.800 € 45 Jahre Beiträge zahlen müsste, um überhaupt über das Grundsicherungsniveau zu kommen (DGB Bundesvorstand Juni 2012). Dass dies eine Illusion ist, zeigen die Zahlen zum Renteneintritt und zur Erwerbsminderung in diesem Bericht.

Die Rentenniveausenkung wird den Verfall der Renten deutlich verstärken und wird dafür sorgen, dass Altersarmut in Zukunft in die Mitte der Gesellschaft rückt. Ein sozialer Abstieg im Alter wäre für viele Rentner die Folge und ein wachsender Teil der Bevölkerung wäre auf staatliche Unterstützung im Alter angewiesen. Dies belastet die Kommunen und den Steuerzahler in erheblichem Umfang und für die Betroffenen bedeutet dies schlichtweg Armut.

Da diese Gefahren jetzt schon erkennbar sind, fordert der DGB eine sofortige Gegensteuerung. Das aktuelle Rentenniveau muss gehalten werden und die Rente mit 67 muss ausgesetzt werden. Es muss eine Demografie-Rücklage gebildet werden, um die zusätzlichen Belastungen in den nächsten Jahrzehnten abzufangen. Um dieses Modell zu finanzieren, darf der Beitragssatz nicht gesenkt, sondern muss in kleinen Schritten auf 22% erhöht werden. Dies bedeutet eine Mehrbelastung von lediglich 2,60 € im Monat für einen Durchschnittsverdiener. Dafür ist die Rente im Alter gesichert. Dies ist eine Leistung, die keine private Versicherung ansatzweise erbringen kann!

Das Normalarbeitsverhältnis und gesetzlichen Mindestlohn zur Regel machen

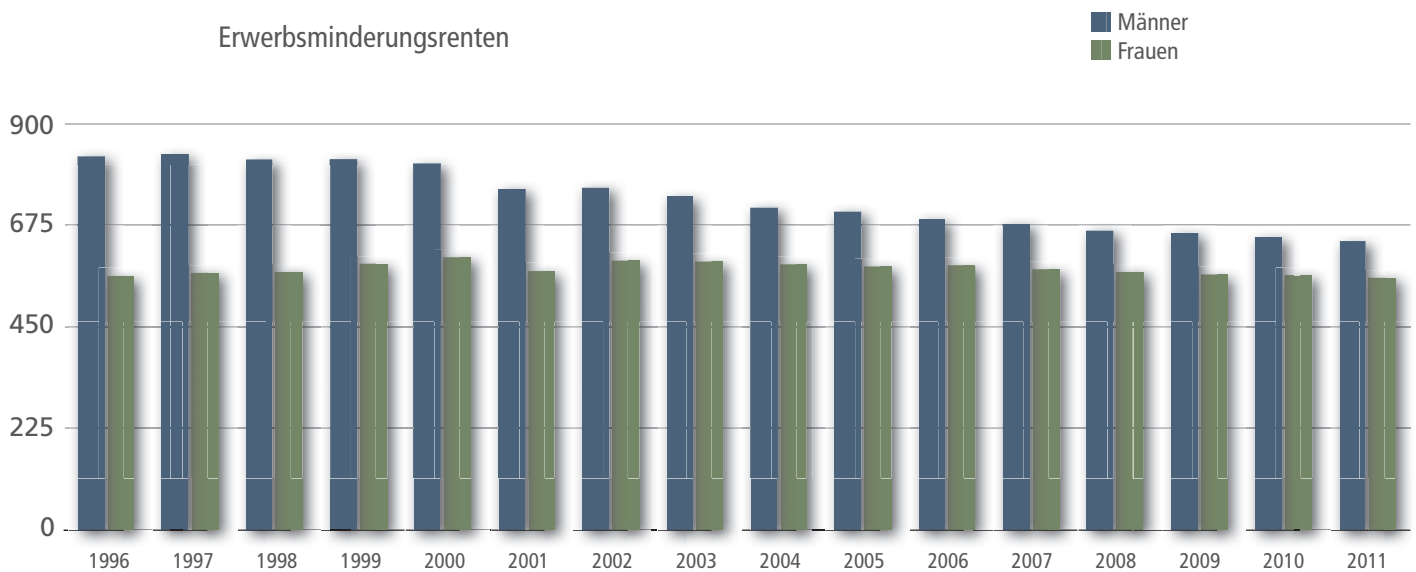
Darüber hinaus muss das Normalarbeitsverhältnis wieder gestärkt und die atypische Beschäftigung eingedämmt werden. Ein gesetzlicher Mindestlohn würde zudem helfen, die geringen Einkommen aufzubessern und damit höhere Rentenansprüche zu erwerben.

44% Rente = Altersarmut

Ein Durchschnittsverdiener mit rund 2.625€brutto im Monat hat heute nach 40 Versicherungsjahren knapp 1.123€Rente. Bei einem Rentenniveau von 43% beträgt diese Rente nur noch 964€(Berechnung DGB Bundesvorstand 2012)

Der Zahl der Menschen, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Anspruch nehmen muss, steigt schon jetzt. Um 5% stieg die Zahl der Leistungsempfänger im letzten Jahr an. Fast 57% waren Frauen. Noch deutlich höher ist der Anteil der Frauen bei den Leistungsempfängern über 65 Jahre (Information und Technik NRW Juli 2012).

Erwerbsminderungsrenten



Niedrige Erwerbsminderungsrenten

Vor allem die Erwerbsminderungsrenten müssen drastisch verbessert werden.

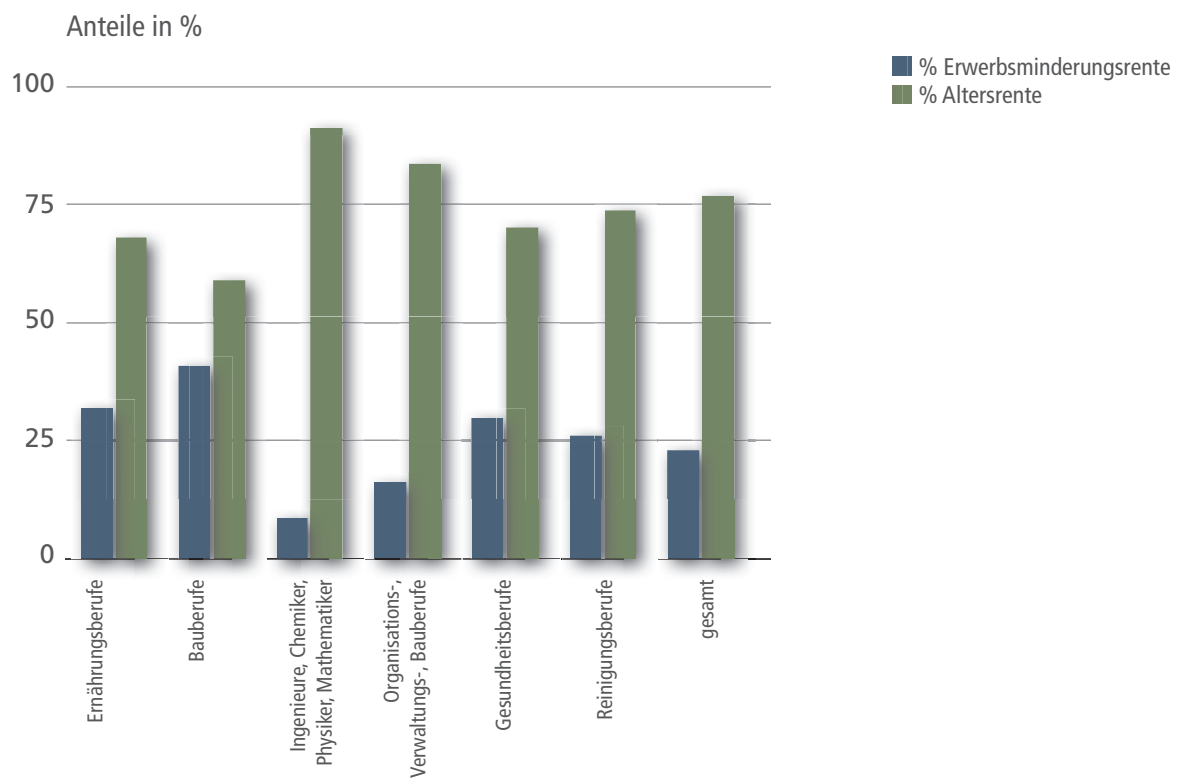
Wie in der Grafik zu erkennen ist, befinden sich diese Renten auf einem sehr niedrigen Niveau und sind dazu auch noch stark in den letzten Jahren gesunken. Männer erhalten im Schnitt eine Erwerbsminderungsrente von 641 € während Frauen nur 559 € bekommen. Vor 15 Jahren lagen diese Werte noch bei 828 € bzw. 564 €.

Bedenkt man, dass das Grundsicherungsniveau im Schnitt bei 676 € (DGB Bezirk NRW, Abteilung Arbeitsmarktpolitik) liegt, so ist ersichtlich, dass dieser Abwärtstrend gestoppt werden muss. Zudem müssen Zeiten vor dem gesetzlichen Renteneintritt, zu denen der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr am Berufsleben teilhaben konnte, stärker berücksichtigt werden, besonders bei Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters.

Bedenkt man, dass das Grundsicherungsniveau im Schnitt bei 676 € (DGB Bezirk NRW, Abteilung Arbeitsmarktpolitik) liegt, so ist ersichtlich, dass dieser Abwärtstrend gestoppt werden muss. Zudem müssen Zeiten vor dem gesetzlichen Renteneintritt, zu denen der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr am Berufsleben teilhaben konnte, stärker berücksichtigt werden, besonders bei Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters.

Industrieland NRW leicht über dem Bundesdurchschnitt
Der durchschnittliche Rentenzahlbetrag Altersrente und EM-Rente beträgt 2011
721,98€ und liegt damit 36€ über dem Bundesdurchschnitt

4. In welchem Alter gehen welche Berufsgruppen in Rente?



Der Anteil an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die aus gesundheitlichen Gründen aus dem Berufsleben ausscheiden müssen, variiert sehr stark zwischen den verschiedenen Berufen. In der Grafik sind sechs Berufsgruppen aufgeführt, die deutlich machen, wie groß die Unterschiede sind.

Im Vergleich zum Durchschnitt, der bei 23% liegt, muss bei Ingenieuren, Chemikern und Physikern, sowie in Organisations- und Verwaltungsberufen ein wesentlich geringerer Anteil, nämlich zwischen 8,7% und 16,2%, in frühzeitige Erwerbsminderungsrente gehen.

Besonders belastete Berufe

Ganz anders sieht dies bei den Bauberufen aus. Hier liegt der Anteil mit 40% besonders hoch, gefolgt von den Ernährungsberufen mit rund 32% und den Gesundheitsberufen mit rund 30%.

Ein überdurchschnittlich hoher Anteil (rund 84%-91%) der Ingenieure, Chemiker und Organisations- und Verwaltungsberufe geht nach dem Erwerbsleben in Altersrente. Bei den Reinigungs- und Gesundheitsberufen etwa liegt dieser Anteil nur knapp über 70%. Noch geringer ist der Anteil mit 68% bzw. 59% in den Ernährungs- bzw. Bauberufen. Diese Unterschiede sind auf die berufsspezifischen Belastungen zurückzuführen und schlagen sich auch in den subjektiven Erwartungen und Einschätzungen der eigenen Berufstätigkeit nieder.

Erwartungen über die eigene Arbeitsfähigkeit entsprechen der Realität

Nur die Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwartet, dass sie bis zum Rentenalter ihrer gegenwärtigen Tätigkeit weiter nachgehen kann (DGB-Index Gute Arbeit 2008). Jedoch gibt es auch hier große Unterschiede zwischen den Berufsgruppen. So glauben über 60% der Beschäftigten in Bauberufen, nicht bis zum Rentenalter arbeiten zu können, während dieser Anteil mit rund 15% bei Ingenieuren und Naturwissenschaftlern erheblich geringer ist (vgl. Dritter Monitoring Bericht des Netzwerks für eine gerechte Rente). Wie die Grafik belegt, gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen den subjektiven Einschätzungen der Betroffenen und dem tatsächlichen frühzeitigen Ausscheiden aus dem Berufsleben. Diese eklatanten Unterschiede sind auf die problematischen Arbeitsbedingungen in diesen Berufen zurückzuführen. Nacht- und Schichtarbeit, sowie körperlich belastende Arbeit und ein hohes Arbeitstempo (z. B. bei Band- und Akkordarbeit, in Call-Centern oder in der Pflege) mindern die Erwerbsfähigkeit mit steigendem Alter und führen zu einem wachsenden und überdurchschnittlich hohen Anteil an Erwerbsminderungsrenten in den betroffenen Berufsfeldern.

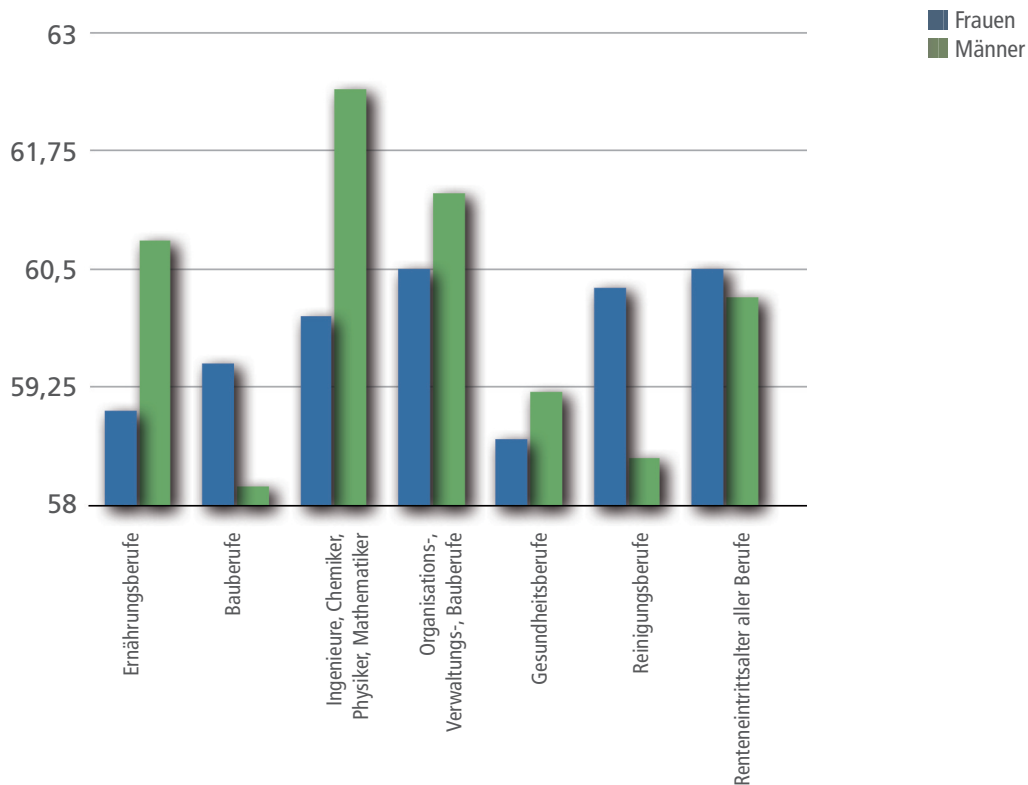
Dies hat zur Folge, dass ein großer Teil der Rentner mit erheblichen Einbußen im Alter leben muss. Das Belegen die Zahlen in dem vorliegenden Report.

40% der Bauberufe erhalten eine Erwerbsminderungsrente
30% der Gesundheitsberufe erhalten eine Erwerbsminderungsrente

Eintrittsalter in die Erwerbsminderungsrente ebenfalls berufsabhängig

Nicht nur der Anteil, sondern auch das durchschnittliche Eintrittsalter in die Erwerbsminderungsrente ist sehr verschieden. So gehen Ingenieure im Schnitt mit rund 52 Jahren in Erwerbsminderungsrente, während dies in Gesundheitsberufen im Schnitt schon über zwei Jahre früher geschieht. Das durchschnittliche Renteneintrittsalter spiegelt die Problematik der Belastungen im Berufsleben wider. In der folgenden Grafik werden die berufsspezifischen Unterschiede noch einmal deutlich.

Erwerbsminderungs- und Altersrente Renteneintrittsalter verschiedener Berufsgruppen



Renteneintrittsalter verschiedener Berufsgruppen

Renteneintrittsalter berufsspezifisch mit hoher Benachteiligung einzelner Berufe
Insgesamt erkennt man, dass bei Ingenieuren, Physikern und Mathematikern und den Organisations- und Verwaltungsberufen das Renteneintrittsalter deutlich über dem der anderen Berufe liegt. Bei den Gesundheits- und Bauberufen liegt das durchschnittliche Renteneintrittsalter sowohl bei Frauen als auch bei Männern deutlich unter 60 Jahren. Bei den Ernährungsberufen liegt es bei den Männern knapp über 60 Jahre, bei den Bau- und Reinigungsberufen deutlich darunter. Diese Unterschiede heben die berufsspezifischen Belastungen und die Auswirkungen auf die Rente hervor.

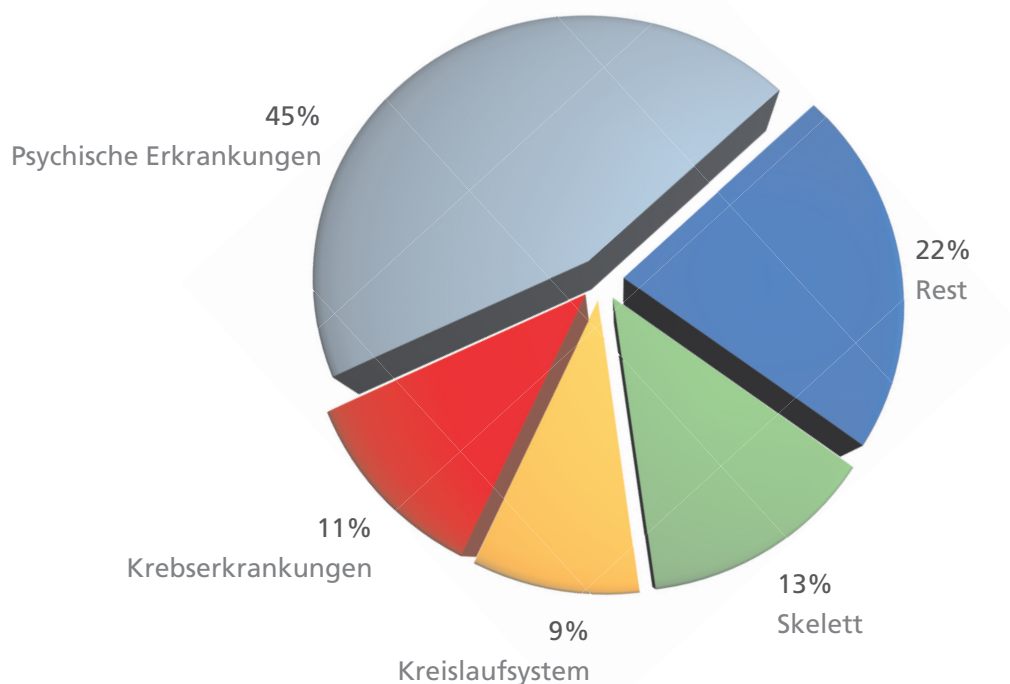
Renteneintrittsalter bei den Gesundheits- und Bauberufen
liegt deutlich bei unter 60 Jahren

5. Warum werden Menschen früh zu Rentnern?

Das Normalarbeitsverhältnis ist auf dem Rückzug und wird durch befristete, unsichere und Teilzeitstellen oder Minijobs ersetzt. Dies bedeutet gleichzeitig ein verändertes Belastungsschema für die Arbeitnehmer. Angst um den Arbeitsplatz, Arbeiten unter Zeit- und Termindruck und Überstunden werden zu einer immer größeren Belastung. Hinzu kommt eine ungleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit, zum Beispiel zwischen Männern und Frauen und zwischen Stammpersonal und Leiharbeitern.

Diese und andere Belastungen machen krank und führen dazu, dass viele Menschen schon vor dem regulären Rentenalter aus gesundheitlichen Gründen aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen. Die folgende Grafik veranschaulicht die vier häufigsten Gründe für die Inanspruchnahme einer Erwerbsminderungsrente. Sehr auffällig ist, dass die psychischen Erkrankungen mit 45% den mit Abstand größten Teil ausmachen. Muskel- und Skeletterkrankungen sowie Krebserkrankungen machen mit 13% bzw. 11% einen deutlich geringeren Anteil aus. 9% entfallen auf Erkrankungen des Kreislaufsystems.

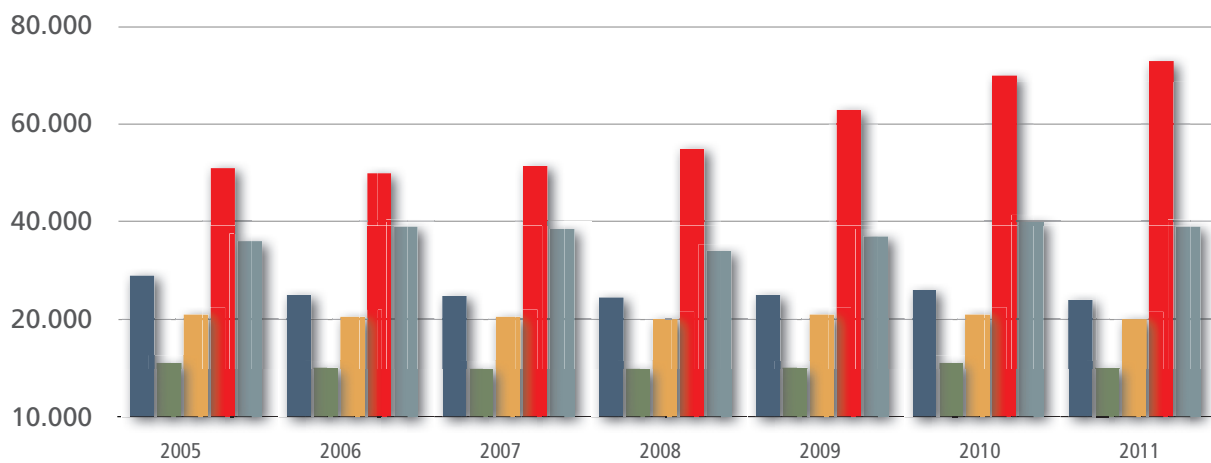
Gründe für Erwerbsminderungsrenten 2011



Psychische Erkrankungen auf dem Vormarsch

Interessant ist die Entwicklung der letzten Jahre. Die Anzahl an Erwerbsminderungsrenten aufgrund von Skelett-, Muskel- und Bindegewebserkrankungen, sowie des Kreislaufsystems, Krebserkrankungen und anderen Krankheiten ist relativ stabil geblieben. Deutlich gestiegen ist die Zahl der Erwerbsminderungsrenten bedingt durch psychische Erkrankungen. Das bedeutet, dass dieser Bereich nicht nur jetzt schon sehr groß ist, sondern noch weiter an Bedeutung gewinnt und immer mehr Arbeitnehmer davon betroffen sein werden.

Gründe für Erwerbsminderungsrenten



- Skelett
- Kreislaufsystem
- Krebs -
erkrankungen
- Psychische
Erkrankungen
- Rest

Schlechte Arbeitsbedingungen und der psychische Druck haben nicht nur während des Erwerbslebens negative Auswirkungen. Besonders wenn Arbeit krank macht und ein Arbeitnehmer frühzeitig in Erwerbsminderungsrente gehen muss, sind die Folgen eines belastenden Arbeitslebens noch im Rentenalter deutlich zu spüren.

Deshalb müssen gute Arbeitsbedingungen in einem umfassenden Sinne geschaffen werden. Das Normalarbeitsverhältnis muss wieder zur Regel werden und es müssen angemessene und leistungsgerechte Löhne gezahlt werden. Dies alles trägt zu einer verbesserten Arbeitszufriedenheit bei, die Voraussetzung ist für ein langes und gesundes Erwerbsleben. Dieser Aspekt erhält besondere Bedeutung bei der Anhebung des Renteneintrittsalters. Wenn sich die Arbeitsbedingungen nicht verbessern und der Druck auf die Arbeitnehmer weiter wächst, dann wird die „Rente mit 67“ ein Synonym für große Rentenkürzungen, unter denen vor allem belastete Berufsgruppen mit geringen Einkommen zu leiden haben.

Mehr Geld für Rehabilitation

Der Deutschen Rentenversicherung steht jährlich ein Budget zur Verfügung, von dem Rehabilitationsleistungen bezahlt werden. Durch die steigende Zahl an älteren Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, die Rehabilitationsleistungen stärker benötigen als jüngere Menschen (unter 45 Jahre), steigen die Ausgaben der Deutschen Rentenversicherung stetig. Die Anzahl der Anträge auf Rehabilitation nimmt deutlich zu und wird bei einem Anstieg des Rentenalters noch weiter steigen. Doch ist das Budget der Rentenversicherung schon jetzt knapp (DGB Rentenkonzept 2012). Dabei ist Gesundheit eine Grundvoraussetzung, wenn die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen länger arbeiten müssen. Durch eine stabilere Finanzierung der Rentenversicherung und damit eine größere Reserve könnte der Mehrbedarf gedeckt werden und die Gesundheit aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten werden, um so ein krankheitsbedingtes, frühzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu verhindern.

45% der Erwerbsminderungsrenten werden aufgrund einer psychischen Erkrankung gezahlt

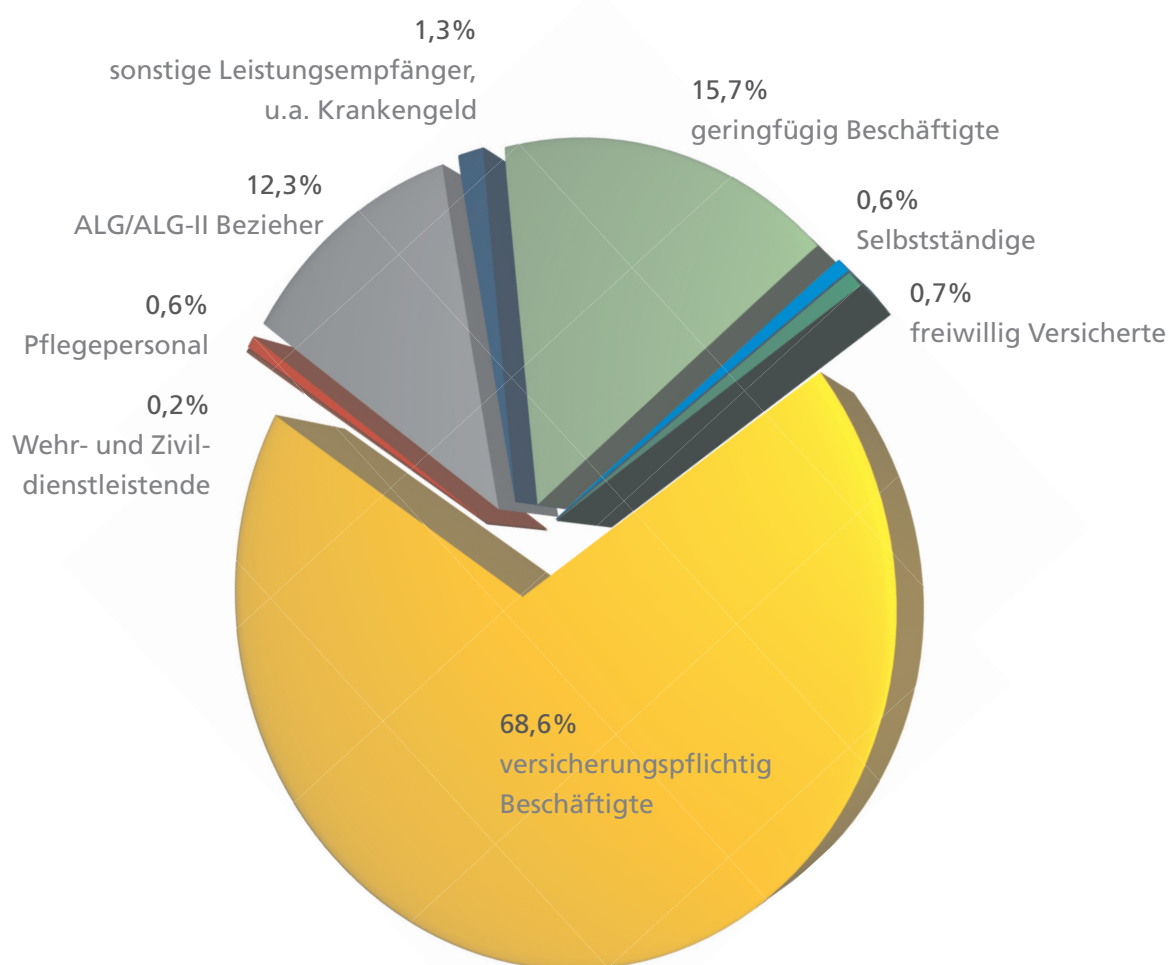
6. Wer zahlt in die Rentenversicherung ein?

Die eingezahlten Beiträge entscheiden wesentlich über die spätere Rentenhöhe. Sind sie dauerhaft stabil, so werden auch die Rentenzahlungen auskömmlich sein. Doch die Verteilung der Beitragszahlungen in NRW zeigt, dass ein breiter Personenkreis nur eine eingeschränkte Teilhabe am System der Altersvorsorge hat.

Der größte Teil der Beitragszahlerinnen und -zahler sind versicherungspflichtige Beschäftigte, sie machen rund zwei Drittel des „Kuchens“ aus. Knapp ein Drittel sind geringfügig Beschäftigte oder beziehen Arbeitslosengeld. Dies bedeutet, dass fast jeder dritte Versicherte nur geringe Rentenansprüche aufbauen kann und im Alter von Armut bedroht ist. Die Einführung der Rente mit 67 trifft die Personengruppe besonders hart, da es für diese Menschen schwer ist, eine Rente über dem Grundsicherungsniveau aufzubauen. Ein Beispiel für diese Problemlage: Musste ein Durchschnittsverdiener bisher 27 Jahre arbeiten um eine Rente auf Grundsicherungsniveau zu erhalten (im Schnitt 676 €), so werden im Jahr 2030 schon 33 Jahre nötig sein. Für Geringverdiener steigt die nötige Beitragszeit noch stärker. Bei einem Einkommen von 2.000 € sind dann 43 Jahre Beitragszahlungen nötig (DGB Bundesvorstand 2012). Zudem sind Geringverdiener nicht in der Lage privat vorzusorgen und dadurch im Alter doppelt bestraft.

Ein weiteres Kriterium für die Rentenentwicklung ist das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern. Das Verhältnis der 20-65 Jährigen zu den über 65 jährigen Menschen wird in den nächsten Jahren deutlich steigen. 2008 lag der so genannte Altenquotient bei 20,4%. Das statistische Bundesamt hat errechnet, dass dieser Wert 2030 bei rund 29% liegen wird. Das bedeutet, dass künftig geringe Einkommen noch stärker belastet werden als bisher. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Löhne und Arbeitsbedingungen so zu verbessern, dass die Einzahlungen in die Rentenversicherung steigen, um eine auskömmliche Rente im Alter zu gewährleisten.

Fast jeder dritte Versicherte kann nur geringe Rentenansprüche aufbauen und ist im Alter von Armut bedroht.



Heute leben rund 5 Millionen Menschen in NRW von einer Rente. Bereits 2050 wird sich die Zahl der Rentner drastisch erhöhen, dann werden 30% der Einwohner Nordrhein-Westfalens über 65 Jahre alt sein.

Über uns

Der DGB Bezirk Nordrhein-Westfalen vertritt die Interessen von mehr als 1,5 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern. Wir sind die politische Stimme unserer acht Mitgliedsgewerkschaften auf Landesebene und vertreten die gewerkschaftlichen Interessen gegenüber politischen Entscheidungsträgern, Parteien und Verbänden.



DGB Bezirk NRW
Friedrich-Ebert-Straße 34-38
40210 Düsseldorf

Telefon 0211 3683-0
nrw.info@dgb.de
www.nrw.dgb.de
www.facebook.com/dgbnrw